

Freie Demokraten



Fraktion
Region Hannover **FDP**

NEWSLETTER 02/2019

09. April 2019

Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der FDP in der Region Hannover, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der 2. Ausgabe 2019 unseres Fraktions-Newsletters informieren wir Sie über aktuelle politische Themen aus der Regionsversammlung und geplante Veranstaltungen der FDP-Regionsfraktion. Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und frohe und erholsame Feiertage!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze, Fraktionsvorsitzende



Abfallwirtschaft: Einführung eines Schadstoffmobils prüfen!

Die FDP-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe REGION einen Antrag gestellt, die Einführung eines Schadstoffmobils prüfen zu lassen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb aha soll künftig als neue Serviceleistung Kleinmengen unterschiedlichster Schadstoffe - z. B. Blumenkästen aus Asbest - auf Anfrage mit einem Schadstoffmobil bei den Kunden abholen.

Das Schadstoffmobil soll telefonisch oder online bestellt werden können. Wie beim Sperrmüll soll ein Termin und ein Zeitfenster für die Abholung mitgeteilt werden. Derzeit ist die Abgabe von gefährlichen Abfällen wie Autobatterien, quecksilberbelasteten Leuchtmitteln, Farben/Lacken und Asbest nur zu bestimmten Uhrzeiten auf der Deponie Hannover-Lahe möglich. Die Bereitschaft, sorgfältiger mit Schadstoffen umzugehen, ist nachweislich gestiegen. Ziel der FDP-Fraktion ist, dass mit der Umsetzung dieses Antrags ein noch größerer Anreiz zur umweltgerechten Entsorgung von Abfällen und Schadstoffen gesetzt wird und gleichzeitig aha das Angebot wirtschaftlich vorhalten kann.



Überblick

Abfallwirtschaft: Antrag Schadstoffmobil

Aus der Regionsversammlung:

Aktuelle Stunde zur Gleichstellung, Investitionen in Standort Klinikum KRH Lehrte, Kein Pranger für Lehrkräfte

GVH-Tarifstrukturreform und Mobilitätskonzept für die Region

Energie- und CO2-Bilanz der Region

Projektabschlussbericht IVENA - Notfallversorgung in der Region

Terminankündigungen

14.05.: Fachtagung "Europapolitik - Auswirkungen des BREXIT auf die Wirtschaft in der Region Hannover", ab 17:30 Uhr

04.09.: Fachtagung "Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover", ab 17:30 Uhr

Impressum

FDP-Fraktion Region Hannover

Postanschrift:
Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover

Büro:
Osterstraße 60, 30159 Hannover

Telefon: 0511-616-22196

E-Mail: fdp@regionsversammlung.de

Internet:

www.fdp-fraktion-region-hannover.de

Facebook: [@fdpfraktionregionhannover](https://www.facebook.com/fdpfraktionregionhannover)

Twitter: [@FDPRegion](https://twitter.com/FDPRegion)

Aktuelle Stunde zum Thema: „8. März - Internationaler Frauentag - Wie setzt die Region geschlechtergerechte Teilhabe in Verwaltung und Politik um?“
Gerhard Kier, gleichstellungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, plädiert für besser Ausgangsbedingungen für Frauen.

Die FDP-Fraktion setzt insbesondere auf die Chancengleichheit für alle Geschlechter. Gerhard Kier betonte in seinem Redebeitrag, dass Gleichheit der Chancen nicht Gleichmacherei zum Ziel haben solle, sondern die Akzeptanz individueller Lebensentwürfe. Erfolge bei der Gleichberechtigung stellten sich



Gerhard Kier spricht in der Aktuellen Stunde über Ziele für mehr Chancengleichheit.

immer dann ein, wenn ausreichend gute Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verfügbar seien. Das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten sei die Hauptursache für Mütter, ihre Erwerbstätigkeit nach der Elternzeit einzuschränken, wie Untersuchungen belegten. Durch eine Erweiterung und Verbesserung der Betreuung

in Früh- und Spätzeiten und am Wochenende könnten weitere wichtige Etappenziele erreicht werden. Mit der Familienpflegezeit wurde zudem eine Möglichkeit geschaffen, Erwerbstätigkeit und Pflege kranker Angehöriger besser zu vereinbaren.

Die FDP setze außerdem bei der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Arbeitswelt einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Frauen, die ein Unternehmen gründen wollen und unterstützt entsprechende Förderungen.

Aus dem übergreifenden Blickwinkel müsse die gleichberechtigte Teilhabe im gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Bereich im Fokus der gesellschaftlichen Debatte sein und bleiben. „Wir sollten uns also nicht nur ausschließlich auf Gegenwartsanalysen konzentrieren, sondern langfristige Lebenslaufperspektiven in den Blick nehmen“, forderte Gerhard Kier.

Debatte zum Antrag „Kein Pranger für Lehrkräfte“, Antrag der Mehrheitsfraktionen von SPD/CDU, aus Anlass der geplanten Einrichtung eines Online-Meldeportals durch die AfD zur Meldung von Verstößen gegen die politische Neutralität an Schulen. Für die FDP-Fraktion bezog der schulpolitische Sprecher Daniel Farnung Stellung.

Die Einrichtung eines Meldeportals im Internet durch eine politische Partei behindert nach Auffassung der FDP-Fraktion eine neutrale Klärung von Konfliktfällen. Hierdurch wird überdies eine anonym wirkende Drohkulisse aufgebaut.

In gravierenden Konfliktsituationen haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, sich an die Landesschulbehörde mit der Bitte um Hilfe zu wenden. Sie erhalten dann eine sachgerechte Information, wie bei festgefahrenen Situationen vermittelt und eine Lösung des Konflikts gefunden werden kann. Dies ist aus Sicht der FDP-Fraktion die einzige zielführende Vorgehensweise: In kritischen Fällen kann nach einer ersten Klärung mit dem Klassensprecher/der Klassensprecherin, den Vertrauenslehrern und der Schulleitung dieser Weg beschritten werden, um von der zuständigen Behörde eine Beurteilung und Hilfestellung zu erhalten.



Daniel Farnung informiert über Wege zur Lösung von Konflikten an Schulen.

In seinem Redebeitrag betonte Daniel Farnung, dass die FDP-Fraktion sich klar zur Meinungsfreiheit und zum Pluralismus bekenne. Demokratie bedeute den täglichen politischen Wettstreit um die beste demokratisch-legitimierte Lösung. Für die politische Bildungsarbeit an den Schulen gelte als übergreifende Voraussetzung die Orientierung am Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie die Ausrichtung auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen im Grundgesetz. Der Antrag „Kein Pranger für Lehrkräfte“ wurde mit großer Mehrheit bei Unterstützung durch die FDP-Fraktion beschlossen.

FDP-Fraktion Region Hannover befürwortet in der Regionsversammlung Teilneubau am Standort des KRH Klinikum Lehrte auf Basis des „Versorgungskonzeptes Ost“ der Klinikum Region Hannover GmbH:

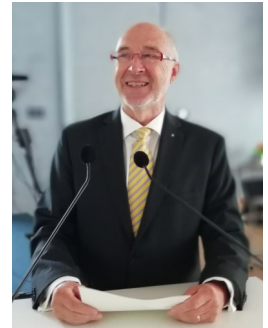
Die FDP-Fraktion unterstützt vollumfänglich, dass künftig der Schwerpunkt der geriatrischen Versorgung am Standort der Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH in Lehrte weiterentwickelt wird. Angesichts des demografischen Wandels mit einer immer älter werdenden Gesellschaft ist dies auf Basis der „Medizinstrategie 2020 der Region Hannover“ und des „Versorgungskonzeptes Ost“ der KRH GmbH ein wichtiger Baustein in der medizinischen Versorgung aller Einwohnerinnen und Einwohner im gesamten Regionsgebiet.

Die Regionsversammlung hat mit ihrem Votum für einen Teilneubau am Standort des KRH Klinikum Lehrte ein klares Bekenntnis zur Stärkung des medizinischen Versorgungsangebotes in der Region Hannover abgegeben. Die hiermit verbundene Bereitstellung von Mitteln für Investitionen in Höhe von 17 Mio. € ist ein wichtiger Baustein im „Versorgungskonzept Ost“ der Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH. Dies beinhaltet Krankenhausleistungen in einem sehr großen Bereich innerhalb der Region Hannover, der sich über ein Einzugsgebiet etlicher Regionalkommunen erstreckt: Für mindestens bis zu rd. 120.000 Menschen im Einzugsgebiet ist das Krankenhaus in Lehrte Anlaufpunkt. Die FDP-Fraktion begrüßt, dass künftig ein Schwerpunkt der geriatrischen Versorgung am Standort in Lehrte auf Basis der Medizinstrategie 2020 der Region Hannover weiterentwickelt wird.

Es wird folglich am KRH Klinikum Lehrte kein medizinisches Leistungsangebot installiert, für das es keinen verifizierten Bedarf gibt. Die Mittel hierfür sind zukunftsgerichtet, passgenau und somit gut investiert.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der stetig wachsenden Bevölkerungszahlen in der Region Hannover sei es nicht nachvollziehbar, dass der Krankenhausplanungsausschuss des Landes Niedersachsen bisher keine Bereitschaft gezeigt habe, die KRH GmbH in ihrem Bestreben zur Weiterentwicklung von medizinischen Versorgungsschwerpunkten an den KRH-Standorten zu unterstützen.

Hintergrund: Die Region Hannover stellt jedes Jahr einen sehr hohen Betrag in ihre Haushaltspläne ein, die – ohne dass die Region die Mittelverwendung beeinflussen könnte – an das Land Niedersachsen weiterzuleiten sind: Die sog. Krankenhausumlage. Für 2019 mussten von der Region Hannover allein 18,5 Mio. € dafür über den Regionshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel werden für Investitionen in Krankenhäuser niedersachsenweit bereitgestellt.



Klaus Nagel erläutert die Position der FDP-Fraktion zu Investitionen in der medizinischen Versorgung in der Region Hannover.

Kurz-Informationen zu weiteren aktuellen Themen aus der Regionsversammlung am 26.02.2019:

+++ Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit: Zuwendungen an die Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH für Investitionen u. a. in Maßnahmen zur Digitalisierung, in Robotiksysteme am KRH Klinikum Siloah und am KRH Klinikum Großburgwedel sowie für den Austausch von vier Bettenaufzügen an verschiedenen Standorten der KRH GmbH wurden von der Regionsversammlung einstimmig beschlossen.

+++ Verkehrsausschuss: Antrag der FDP-Fraktion einstimmig beschlossen. - Die Verkehrsunternehmen üstra AG und Regiobus GmbH sollen zum Vorschlag der kompletten Nachrüstung ihrer Busflotten mit Abbiege-Assistenzsystemen Stellung beziehen und die Regionsverwaltung wird auf Basis dieser Stellungnahmen der Regionspolitik Möglichkeiten zur Realisierung und Finanzierung vorlegen.

Region stellt Energie- und CO₂-Bilanz vor:

Die Region hat sich auf Basis des „Masterplans Stadt und Region - 100% für den Klimaschutz“ ehrgeizige Ziele gesetzt: Zwar lag der durchschnittliche CO₂-Ausstoß pro Person in der Region Hannover mit 8,2 Tonnen deutlich unter dem vergleichbaren Mess-Wert für Deutschland, der bei 12,3 Tonnen liegt. Um einen politischen Beschluss erfolgreich umzusetzen, die Region Hannover bis 2050 klimaneutral aufzustellen, müssten in allen Bereichen deutlich größere Anstrengungen als bisher unternommen werden, berichtete Umweldozernentin Christine Karasch (CDU).

Die Region Hannover hat sich bis zum Jahr 2050 zum Ziel gesetzt, nahezu klimaneutral zu sein – bei gleichzeitiger Senkung des Energieverbrauchs um mindestens 50 Prozent im Vergleich zu 1990.

Um die Erfolge von Klimaschutzmaßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene quantitativ und zusammenfassend bewerten zu können, wird im Zehn-Jahres-Rhythmus eine Energie- und CO₂-Bilanz für die Region Hannover aufgestellt. Beratungs- und Ingenieurbüros haben dafür Energieverbrauch und die Treibhausgas-Emissionen in den Sektoren Haushalte, Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft untersucht. In den Jahren 2005 bis 2015 sind die CO₂-Emissionen in der Region Hannover um 19 Prozent zurückgegangen, auf das Jahr 1990 bezogen sogar um 27 Prozent. Die meisten Treibhausgase in einer Gesamtmenge von 9,8 Millionen Tonnen entfielen 2015 mit 44 Prozent auf die Wirtschaft, gefolgt von 26 Prozent für die Haushalte und 24 Prozent für den Verkehrssektor. Land- und Abfallwirtschaft sind mit einem Anteil von zusammen 6 Prozent nur für relativ geringe Emissionen von CO₂ verantwortlich.

Trotz der beim Klimaschutz erzielten Erfolge reichen die gemeinsamen Aktivitäten von Region und Stadt Hannover voraussichtlich nicht aus, um das für das Jahr 2020 gesetzte Zwischenziel von 40

Prozent weniger Treibhausgasen zu erreichen, fasste Dezernentin Karasch die Ergebnisse der Studie in einer Sitzung des Umweltausschusses der Region Hannover am 05.03.2019 zusammen.

Auf die CO₂-Bilanz habe überdies auch der Bevölkerungszuwachs in der Region Hannover einen entscheidenden Einfluss. Die wohnberechtigte Bevölkerung sei im Zeitraum von 1990 bis 2015 um fast 73.000 auf aktuell rund 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in der Region angestiegen. Dies entspreche einem Bevölkerungswachstum von sechs Prozent.



Der umwelt- und klimapolitische Sprecher der FDP-Fraktion Daniel Farnung forderte, dass der Energie- und CO₂-Bericht auch in anderen Fachausschüssen der Region vorgestellt und diskutiert wird. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen mit dem Ziel, unterschiedliche Vorhaben in verschiedenen Fachbereichen zur Optimierung des Maßnahmen-Programms für den Klimaschutz in der Region Hannover zu entwickeln. Die CO₂-Bilanz wird nun auch im Wirtschaftsausschuss, im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Regionalplanung der Region Hannover beraten.

Die Realisierung der Energiewende sei die zentrale gesamtgesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahrzehnte, betonte Daniel Farnung im Umweltausschuss. Neben den lokalen Aktivitäten sei maßgeblich, dass eine Bundes- und EU-Strategie zum Umsetzen der Energiewende die regionalen Masterplan-Ziele unterstütze. Erforderlich seien langfristige politische Beschlüsse zum Klimaschutz auf allen Ebenen.

Alle Informationen zum Projekt "Masterplan 100 % für den Klimaschutz" und zum Ziel einer nahezu klimaneutralen Region Hannover finden sich unter www.klimaschutz2050.de.

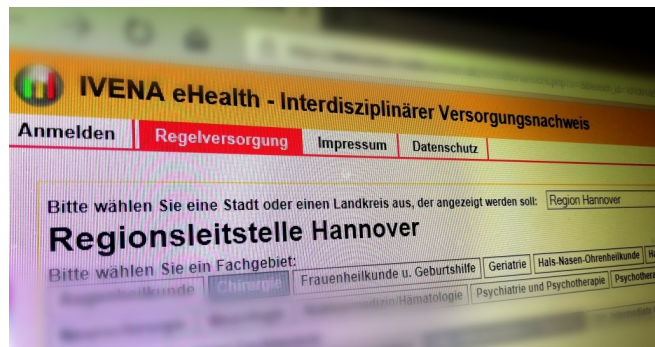
Notfallversorgung: Abschlussbericht Projekt IVENA

Die computergestützte Zuweisung von Notfallpatienten an Krankenhäuser der Region hat sich nach Angaben der Ersten Regionsrätin Cora Hermenau (CDU) in der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Rettungswesen am 14.03.2019 bewährt.

Nach drei Jahren im Test werde das Verfahren unbefristet fortgesetzt, berichtete der Leiter des Rettungsdienstes in Hannover Andreas Flemming den Ausschussmitgliedern. Die Software mit dem Namen IVENA verbessere die Koordination zwischen Leitstellen, Rettungsdiensten und Kliniken.

Patienten könnten ohne zeitliche Verzögerung direkt in diejenige Klinik gebracht werden, die freie Kapazitäten habe, so Flemming. In der Perspektive will das Land Niedersachsen das IVENA-Verfahren flächendeckend einführen.

IVENA steht für „Interdisziplinärer Versorgungsnachweis“:



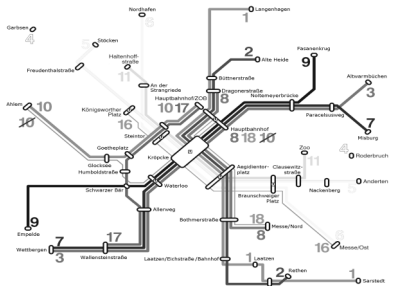
www.ivena-niedersachsen.de

Die FDP-Regionsfraktion unterstützt IVENA seit Beginn des Projektes und erhofft sich eine bessere Versorgung von Notfallpatienten und eine optimierte Auslastung der Notfallambulanzen. IVENA ist der Schlüssel zu mehr Transparenz und soll helfen, Versorgungsengpässe aufzudecken.

Tarifstrukturreform des GVH und Mobilitätskonzept für die Region Hannover:

Die FDP-Fraktion greift den auf dem FDP-Regionsparteitag am 30.03.2019 beschlossenen Antrag der Jungen Liberalen für die Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes für die Region Hannover auf. Außerdem entwickelt sie Vorschläge zum Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover.

Die FDP-Fraktion plant das Einreichen eines Antrags, der u. a. die Einführung eines Kurzstreckentickets im Bereich des S-Bahn-Angebots im GVH-Gebiet sowie die Prüfung der Einführung einer GVH-SparCard für Senioren ab dem 60. Lebensjahr beinhalten soll. Ebenso wird die Erweiterung der GVH-SparCard für Personen bis zum vollendeten 23. Lebensjahr gefordert werden.



Für Schülerinnen/Schüler, Azubis, Studenten und Bundesfreiwilligendienstleistende über 23 Jahren soll gemäß des Antrags der Julis die Einführung eines vergünstigten Tickets in Hinsicht auf die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit untersucht werden.

Am 12.06.2019 wird ein parteioffener Regionshauptausschuss dies Thema weiter bearbeiten.

Die FDP-Regionsfraktion lädt für den 04.09.2019 ein zu einer Fachtagung mit dem Thema „Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“.

Frohe Ostern und erholsame Feiertage!